



Dr. Martina Bunge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Gerechte Rente für geschiedene Ost-Frauen ist überfällig

Berlin, 24.09.2010

Bezug:

Anlagen:

Dr. Martina Bunge, MdB

Lübsche Str. 97

23966

Telefon: +49 3841-3265993

Fax: +49 3841-3265994

martina.bunge@wk.bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 4.814

Telefon: +49 30 227-70067

Fax: +49 30 227-76076

martina.bunge@bundestag.de

Gesundheitspolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Leiterin des Arbeitskreises V
„Gesundheit, Pflege und
Behindertenpolitik“ der
Fraktion DIE LINKE

„Eine solche Fürsprache zugunsten von Geschiedenen in Ostdeutschland ist längst überfällig. Nun sollte sich die Bundesregierung aber endlich bewegen.“ Das erklärt die Abgeordnete Martina Bunge angesichts Aufforderung des Bundesrates an die Bundesregierung, eine befriedigende Lösung für die Altersversorgung der Betroffenen herbeizuführen.

Die Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost stellt weiter fest:

„In der Bundesrepublik (alt) werden seit 1977 im Falle einer Scheidung die während der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften geteilt. Frauen, die zum Beispiel wegen der Kindererziehung gar nicht oder nicht voll berufstätig waren, werden so an den Anwartschaften des Mannes beteiligt. Nicht so die vor 1992 geschiedenen Ost-Frauen. Sie stehen für diese Zeiten ohne oder mit sehr geringen Anwartschaften da. Ihnen wird nicht nur der Versorgungsausgleich vorenthalten; gleichzeitig wird die in der DDR übliche freiwillige Versicherung nicht mehr anerkannt. In der Folge leben viele von ihnen in Altersarmut.

DIE LINKE stellt sich seit Jahren gegen diese eklatante Schlechterstellung. Wenn wir demnächst erneut einen Antrag in dieser Sache einreichen, fühlen wir uns durch den Bundesrat bestärkt, dessen Entscheidung auf zwei Länderinitiativen beruht: eine aus dem CDU-regierten Freistaat Sachsen und eine gemeinsame Initiative des rot-roten Berliner Senates und der SPD/CDU-Regierung Mecklenburg-Vorpommerns.“